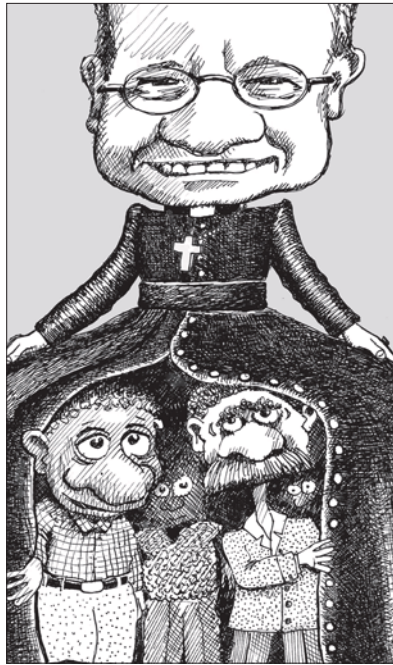




## «Die Geschichte kann nur erklären.»

Zum Schwerpunkt Im Alltag helfen und Angst nehmen im «Stadtblatt» vom 19. Januar:) Seit Jahrhunderten leben wir in einer Welt, in der Religion und Politik eng miteinander verknüpft sind. Für die Religion bedeutet das politische Engagement die Verwirklichung ihrer religiösen Überzeugung in weltlichen Fragen. Ein Rückzug aus der Politik ist somit aus der inneren Logik der Religion weder wünschenswert noch möglich. Aus diesem Grund engagieren sich die Landeskirchen gegen die Sonntagsarbeit, für die Kirchensteuer juristischer Personen und vieles mehr. Die christlichen Kirchen berufen sich dabei auf das Evangelium, welches unter anderem besagt, dass jeder Christ verpflichtet ist, Menschen in Not zu helfen. Diese Hilfe im Notstand ist jedoch kein ausschliesslich christlicher Wert, sondern auch in anderen Religionen und Gesellschaften tief verwurzelt. Auch die allgemeine Erklärung der Menschenrechte anerkennt den Anspruch des Menschen auf eine Lebenshaltung, welche Gesundheit, Wohlbefinden und Nahrung einschliesst. Es handelt sich dabei um universelle Menschenrechte. Viele dieser Menschenrechte lassen sich auch nicht-religiös herleiten. Doch es wäre vermessen zu behaupten, dass unsere religiösen Wurzeln keinen Einfluss auf unsere Kultur haben. Die westliche Welt ist geprägt von christlichen Werten, die über Jahrhunderte unser Denken und Handeln prägten. Dieses Handeln war jedoch nicht immer durch Friede und Nächstenliebe ausgezeichnet. Allzu oft wurden Kriege auch im Namen der Religion geführt. Gerade das Europa des 16. und 17. Jahrhunderts wurde durch religiöse Konflikte, die erst mit dem westfälischen Frieden von 1648 endeten, erschüttert. Der westfälische Frieden kann heute als erster Meilenstein für die Trennung von Staat und Kirche betrachtet werden. Die Säkularisierung sowie die Aufklärung ermöglichten in Westeuropa und Amerika das Entstehen von modernen, liberalen Staaten. Und nach Jürgen Habermas bildet nur ein säkularer und liberaler Staat, der nicht zwingend eine säkulare Gesellschaft bedingt, die Voraussetzung, um eine



allseitige Religionsfreiheit zu gewährleisten. Gegenwärtig betrachten wir die Religionsfreiheit als selbstverständlich. Sie ist als Glaubens- und Gewissensfreiheit in unserer Bundesverfassung verankert. Dies gewährt dem Individuum die freie Wahl der Weltanschauung und ermöglicht es ihm, einer Religionsgemeinschaft beizutreten. Darüber hinaus verpflichtet die Religionsfreiheit den Staat zu einem neutralen Handeln in Bezug auf die verschiedenen Weltanschauungen und Religionen. Diese Neutralität würde aber auch verlangen, dass der Staat die verschiedenen Religionsgemeinschaften untereinander gleich behandelt. Am Beispiel der Kirchensteuer von juristischen Personen zeigt sich, dass dem nicht immer so ist. Die vom Staat in vielen Kantonen eingezogene Kirchensteuer wird lediglich unter den Landeskirchen aufgeteilt. Die übrigen Religionsgemeinschaften gehen dabei leer aus. Eine Befreiung der Firmen von der Steuer, auch wenn sie vollständig andersgläubig oder nichtgläubig sind, ist nicht möglich. Zusätzlich erhalten die römisch-katholischen sowie die reformierten Landeskirchen in verschiedenen Kantonen Staatsbeiträge. Diese Begünstigung gegenüber anderen Religionsgemeinschaften wird zum einen damit begründet, dass sie historisch gewachsen sind. Und zum anderen mit der sozialen Verantwortung, welche die Landeskirchen in

der Schweiz wahrnehmen. Beide Argumente müssen kritisch betrachtet werden. Eine historische Entwicklung kann nur erklären, wie es so weit gekommen ist. Sie bietet keine genügende Grundlage für eine künftige Legitimierung. Wäre dem so, müssten die Landeskirchen auch ihre historische Verantwortung wahrnehmen. Eine Verantwortung, die dann ebenso weit in die Geschichte reichen und die Religionskriege des 16. und 17. Jahrhunderts einschliessen würde. Doch für das Handeln vergangener Generationen können wir nur bedingt verantwortlich gemacht werden. Im Bezug auf die soziale Verantwortung stellt sich die Frage, ob es richtig ist, dass juristische Personen Kirchensteuern zahlen, welche dann von den Landeskirchen in Form von Sozialleistungen und Kulturausgaben wieder an die Gemeinschaft zurückfliessen. Oder ob der Staat diese soziale Verantwortung nicht selbst wahrnehmen müsste. Die Versuche, eine Mandatssteuer nach italienischem Vorbild einzuführen, scheiterten. Die Mandatssteuer erlaubt den Firmen, selber zu entscheiden, welcher sozialen oder kulturellen Institution sie ihre (Kirchen-) Steuer zukommen lassen. Unabhängig von der Beurteilung dieses Sachverhalts zeigt das Beispiel der Kirchensteuer, wie eng in der Schweiz Staat und Kirchen miteinander verbunden sind. Verschiedene Kirchenvertreter und Exponenten der Landeskirchen wünschen sich einen vermehrten politischen Aktivismus der Kirchen. Sie möchten als unabhängige, ethisch-moralische Instanz zur Gewissensbildung der Schweiz beitragen. Dabei werden oft zwei Dinge vergessen. Zum einen die oben beschriebene Verknüpfung von Staat und Landeskirchen. Zum anderen, dass mit denselben Argumenten auch weitere Religionsgemeinschaften dieses Recht für sich in Anspruch nehmen könnten. Konsequenterweise hiesse das: Anspruch auf Kirchensteuer und staatliche Unterstützung sowie das Recht auf politischen Aktivismus. Ob dies im Sinne der Landeskirchen und des Staates ist, bleibt offen.

**Michael Zeugin, Winterthur.**

# Ein Dankeschön an die Lungenliga.

Der Zürcher Lungenliga gebührt Anerkennung und Dank für ihren Mut zur Lancierung der Volksinitiative Schutz vor Passivrauchen. Sie ermöglicht den Geschädigten, Belästigten und Diskriminierten, nun selber aktiv zu werden durch Unterschreiben der Initiative und hoffentlich auch durch Sammeln von Unterschriften. Hoffentlich sammeln auch alle anderen Organisationen im Gesundheitswesen sowie die Gesundheitspolitikerinnen und -politiker voll engagiert. Die

Anzahl der Unterschriften muss so enorm hoch werden, dass Regierungs- und Kantonsrat gezwungen werden, die Volksabstimmung in Rekordfrist anzusetzen. Die öffentliche Verwaltung von Kanton und Gemeinden sowie Unternehmungen sollten keinesfalls zuwarten, sondern ihre Restaurants, Kantinen, Cafeterias, Gemeinschafts-, Quartier- und Jugendtreffs so rasch wie nur möglich rauchfrei führen und in Verträgen mit Gerantinnen und Geranten dies verlangen. Welche Orga-

nisation, Partei, Politikerin oder welcher Politiker lanciert eine Initiative zur Freihaltung der Innenstädte, Dorf- und Quartierzentren von motorisiertem Privatverkehr? Aus der Einsicht heraus, dass sich auch hier nichts selber regelt und dass die Behörden den Mut nicht aufbringen, aus eigener Einsicht in die Notwendigkeit des Gesundheitsschutzes der Bewohnerinnen und Bewohner von sich aus tätig zu werden.

Werner Wili, Zürich.

# Mal ufe, mal abe, mal links, mal ...



Intermezzo.

Der Feinstaub kam wie gerufen, die Hysterie hat den Grünen einen Mega-Erfolg im Stadt- und Gemeinderat beschert. Wie konnte das passieren? Warum haben FDP und SVP an Boden und die FDP dazu noch ihren Stadtratssitz verloren? Dass die Eisbären aus Afrika und die AL – mit ihrem zugegeben gelungenen Wahlprospekt – einen gewissen Anteil an Protestwählern anziehen, ist nachvollziehbar. Aber ich kann mir einfach nicht erklären, wie CVP und EVP mit ihrer Politik Sitze gewinnen können. Reicht es, zu lächeln, seine Schuhsammlung und Familie vorzuzeigen, auf der SVP herumzuhacken und mit dem eigenen Programm Mal ufe, mal abe, mal links, mal rechts zu politisieren? Es scheint trendy zu sein.

Was ist nun zu tun? Auf den Zug – denn Autos gibt's in Winti bald keine mehr – aufspringen? Heissen die neuen Zauberworte die Umwelt schützen, Verhältnismässigkeit wahren und nachhaltig sein? Ich denke nicht. FDP und SVP müssen über die Bücher, ihrer Wähler wegen.

Eine Zusammenarbeit ist unabdingbar. Aber das muss gehen, ohne die Seele zu verkaufen. Die SVP-Politik ist nötiger denn je. Denn nach der allgemeinen Euphorie könnte man meinen, in den letzten vier Jahren hätte Winterthur geboomt und geblüht. Man klopfte sich auf die Schultern für vermeintliche Heldentaten. Es ist schick, sozial und grün zu sein, notabene mit dem Geld anderer. Wehe dem, der es wagt, die Idylle zu stören. Ich höre es schon, die SVP hat nichts gelernt. Aber lieber sage ich, was mir nicht passt, als im grünen Käfig zu sitzen und die Linken bestimmen zu lassen, wann es Auslauf gibt. Gerold Lauber und Hans Hollenstein lassen grüssen.

Vier Jahre sind eine lange Zeit und lassen vergessen. Aber die letzte Legislatur war geprägt von neuen Steuern und Gebühren, welche mit der grossen Kelle gleich wieder ausgegeben wurden. Blockzeiten mussten her, bevor sie sowieso obligatorisch wurden. Eine läppische Million hat uns das gekostet. Tagesschulen und mehr familienexterne Kinderbetreuung sind in der Pipeline. Gratis-Parkplätze gibt's keine mehr; die Politessen sind stattdessen bereits um halb 8 Uhr morgens auf der Piste. Die Ausschreitungen von Linksautonomen haben uns hunderttausende von Franken gekostet. Bruno Stefaninis Einvernehmen mit der Stadt ist so gut, dass wir Hausbesitzer anlocken wie Obwalden gute Steuerzahler. Das Theater budgetiert weniger Vorstellungen, Zuschauer und verkaufte Abos und er-

hält gleich viel Geld. Kein Abstrich nein, die Kultur ist in Gefahr. Alle ausser der SVP haben die Schulbehördenreorganisation super gefunden. Dann stritten sich aber zuerst der Kreisschulpflegepräsident und die Stadträtin um Kompetenzen. Auch ein Gutachten konnte diese übrigens bis heute nicht klar verteilen. Dafür liegen uns nun fast alle Kreisschulpflegepräsidenten in den Ohren, sie seien zu überlastet und müssten eine Pensenaufstockung haben. Hei-ei-ei, wer hat denn vor dieser Reorganisation gewarnt? Dafür zehren wir nun von Bio-Produkten von unserem eigenen Bauernhof in Zell. Man darf gespannt sein, wann die ersten Quartierpolizisten mit Liegevelos statt Smarts durch die Strassen kurven.

Sind die Winterthurer vielleicht einfach zufrieden mit dieser Politik? Oder sind die bürgerlichen Wähler bereits aus Winti abgewandert? Was sollen sie in einer Stadt, die teuer ist, wo zu wenig Parkplätze vorhanden sind, Sozialfälle in den grossen Überbauungen und beim Musikpavillon gehegt und gepflegt werden und der Einbürgerungs-Standard «versteht deutsch» Standard ist? Der Weg, der vor uns liegt, ist ein steiniger. Doch es ist wichtig, dass wir die Missstände weiterhin benennen und dagegen ankämpfen. Die Zukunft wird uns Recht geben. PS: Falls Sie mich gewählt haben, möchte ich mich herzlich bedanken!

Natalie Rickli,  
Gemeinderätin, SVP.

Werbung:

Immer Mega-Qualität. Auch beim Giga-Print!

STRUPELPETER KOPIEN UND DRUCKSACHEN  
Zürcherstrasse 43, strupelpeter@mattenbach.ch

